

Finanzausschuss
Wortprotokoll

134. Sitzung

Berlin, den 27.05.2009, 14:00 Uhr
Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 400

Vorsitz: Eduard Oswald, MdB

Ö F F E N T L I C H E A N H Ö R U N G

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes

BT-Drucksache 16/12851

Beginn: 14.02 Uhr

Vorsitzender Eduard Oswald: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 134. Sitzung des Finanzausschusses. Ich begrüße die Experten, die uns heute ihren Sachverstand für die Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes“ auf Drucksache Nummer 16/12851 - liegt Ihnen vor - zur Verfügung stellen. Ich danke den Sachverständigen, dass sie davon Gebrauch gemacht haben, uns ihre schriftlichen Stellungnahmen vorab zukommen zu lassen. Die Stellungnahmen finden sich auch im Internetauftritt des Finanzausschusses wieder, den ich Ihnen empfehle. Es lohnt sich! Die Bundesregierung ist vertreten - vielen, herzlichen Dank -, durch die Fachbeamten des Hauses. Thema der heutigen Anhörung, zu dem es immer wieder Veränderungen und Neuigkeiten gibt, ist der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen, der auf eine Öffnung des Energiesteuergesetzes abzielt, die es den Ländern ermöglicht, den Land- und Forstwirten einen dem Selbstbehalt entsprechenden Betrag zu zahlen - so steht es jedenfalls in dem Gesetz -, um so eine Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld zu ermöglichen. Wir wollen das ganze Thema schon am 17. Juni im Finanzausschuss und noch in der gleichen Woche im Plenum des Bundestages beraten. Wir müssen diese Runde spätestens bis 15.30 Uhr beenden. Es heißt nicht, dass man auch früher fertig werden kann. Aber das ist beim Finanzausschuss des Bundestages noch nie vorgekommen. Das Schema ist bekannt. Ich beabsichtige aber, um es ein bisschen lockerer zu machen und damit auch alle Fraktionen drankommen, nicht genau zwischen Regierung und Oppositionsfraktionen zu mischen. Jeder, der sich dann meldet, geht nach dem System durch. Es wird alles aufgezeichnet, dies bitte ich Sie, entsprechend zu berücksichtigen. Ich beginne mit der Union, dem finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU, unserem Kollegen Otto Bernhardt, mit der ersten Fragestellung. Bitte schön, Kollege Otto Bernhardt.

Otto Bernhardt (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an den Deutschen Bauernverband und den Deutschen Raiffeisenverband. Es geht mal wieder um eine Veränderung der Agrardieselbesteuerung. In dem Zusammenhang zwei Fragen - die erste: Warum ist aus Ihrer Sicht eine Überarbeitung notwendig? Die Proteste kommen seit langem aus Ihren Reihen. Und zweitens: Halten Sie den jetzt vorgeschlagenen Weg, den die große Koalition gehen will, für den richtigen Weg?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Kollege Otto Bernhardt. Ich beginne gleich bei Ihnen, Herr Dr. Helmut Born, wenn Sie so nett wären und auf die Frage des Kollegen Otto Bernhardt eingehen würden.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Vielen Dank. Wir freuen uns, dass wir zu diesem Thema, das die Bauern in Deutschland durch die Bank - Ost, West, Nord, Süd, groß wie klein - sehr beschäftigt, hier Stellung nehmen können. Herr Bernhardt, Sie haben anklingen lassen, ‚Das Thema ist nicht ganz neu!‘. Wir haben in den letzten Tagen deutlicher darauf hingewiesen, aber es ist ein von uns sehr lang gehegter Wunsch, innerhalb eines großen europäischen Binnenmarktes, in dem wir im Wettbewerb mit Franzosen, mit Polen, mit Skandinaviern, mit Mittelmeerländern stehen, dass wir dort an einer ganz entscheidenden Stelle, nämlich bei der Dieselsebesteuerung, gleichgestellt werden. Hier gibt es aus unserer Sicht eine eklatante Wettbewerbsverzerrung. Weil es in dieser EU steuerpolitisch möglich ist, die Dieselerwendung in der Landwirtschaft anders zu behandeln als die Dieselerwendung etwa bei Pkw, haben viele Länder von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Das liegt daran: Für die Bauern ist der Traktor, wenn man so will, der Motor oder das Antriebsaggregat, so wie dies in jeder stationären Fabrik auch der Fall ist. Nur - unser Problem ist -: Das ist ein Fahrzeug, das bewegt wird. Das fährt aber auf dem Acker, nicht auf der Straße - nur mal in Extremfällen, wenn wir uns deutlich artikulieren müssen -.

- Heiterkeit -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Der Ackerschlepper ist unser Antriebsaggregat und in der Industrie, im Gewerbe, wird die Energie, die dort eingesetzt wird, steuerlich ganz anders behandelt. Ich will darauf hinweisen, dass das auch für viele andere Wirtschaftsbereiche gilt: Wenn Sie mit Flugzeugen in den Urlaub fahren, wird das steuerlich anders behandelt, oder die Hafengebühren - aus guten Gründen, es ist, glaube ich, jetzt zwei Jahre her - sind gleichgestellt worden. Aus den Gründen haben fast alle anderen EU-Länder von der Möglichkeit, eigene Steuersätze zu setzen, Gebrauch gemacht. Und die bewegen sich - ich habe die Liste hier vor mir, Sie haben sie in der Stellungnahme -, die Steuersätze bewegen sich etwa zwischen Null - das sind sechs, sieben Länder in der EU -, dann geht das über Länder, die alle unter Null Komma und ... liegen - selbst Frankreich: 0,7 Cent -, und wir liegen - einsame Spitze, selbst wenn man die Entlastung, die wir dankenswerter Weise in Teilbereichen, für etwa ein Drittel der Betriebe, bekommen haben -, wir liegen jenseits der 40 Cent. Aber, Herr Bernhardt, genau das ist unser Problem. Ich will Ihnen die Auswirkungen schildern: Es ist ähnlich wie bei den Fuhrleuten. Wir haben mittlerweile ein Bundesland im Westen, das Saarland, das in hohem Maße bei der Bodenbearbeitung gar nicht mehr mit deutschen Unternehmen bearbeitet wird, sondern da kommen Lohnunternehmen, Dienstleister aus Frankreich und nutzen ihren Dieselvorteil. Da geht es um 40, 50 Euro je Hektar Differenz. Genau deshalb ist das also für uns sehr wichtig, um im Wettbewerb bestehen zu können. Zweite Frage: Ist der Weg, der jetzt vorgeschlagen wird, richtig? Ja! Es ist ein ganz wichtiger Schritt in eine richtige Richtung, dass man mit dem Diesel generell, egal, wie die Verwendung im Einzelnen aussieht - ist das ein intensiverer oder ein extensiverer Betrieb, ist das ein

kleinerer oder ein größerer Betrieb -, dass man hier durchgängig für mehr Wettbewerbsgleichheit sorgt. Das ist richtig! Wir kommen dann zu einer Dieselsebesteuerung von 25 Cent. Und da bitte ich, meine positive Aussage nicht insofern misszuverstehen: Wir sind dann immer noch Spitzenreiter in Europa. Unsere verbandliche Intention geht dahin, dass wir auf Dauer wirkliche Wettbewerbsgleichheit erreichen. Noch einmal die Antwort: Ja, der Weg ist richtig! Wir begrüßen das sehr! Es ist ein ganz wichtiger Schritt, wenn der jetzt käme. Wir möchten nur gleichzeitig darauf hinweisen, dass wir natürlich das Ziel haben, gleiche Bedingungen bei der Dieselsebesteuerung in der Europäischen Union zu erreichen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Die Wettbewerbsgleichheit, die faire Situation im Wettbewerb mit anderen, das ist sicher ein berechtigtes Anliegen. Jetzt der Raiffeisenverband, Herr Guido Seedler, Sie haben das Wort.

Sv Seedler (Deutscher Raiffeisenverband e. V.): Ich kann mich den inhaltlichen Ausführungen von Herrn Dr. Born anschließen. Es geht auch uns als Deutscher Raiffeisenverband, der wir die Agrargenossenschaften vertreten, so. Vielleicht als Einschub: Das sind etwa 1 030 Unternehmen in den neuen Bundesländern, die sich nach 1990 aus den ehemaligen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gebildet haben. Diese verfügen im Regelfall über etwa 1 400 Hektar Landfläche und sind als genossenschaftliche Unternehmen der Zusammenschluss von verschiedenen Personen, Familien, im Schnitt etwa 43, die sich dann zu einer gemeinschaftlichen Landbewirtschaftung zusammengeschlossen haben. Und für diese Unternehmen ist es auch ganz wichtig, dass wir hier Wettbewerbsgleichheit in Europa hineinbekommen. Das ist für uns auch der Ansatz zur ersten Frage: Warum ist die Agrardieselsebesteuerung überarbeitungsbedürftig? Auf die zweite Frage kann ich eigentlich auch nur ergänzend sagen, wie Herr Dr. Born schon angedeutet hatte: Auch wir begrüßen diesen Weg, halten ihn für richtig. Allerdings möchte ich jetzt noch einmal einige Zahlen in den Raum werfen, um deutlich zu machen, wie groß der Wettbewerbsnachteil weiterhin für eine Agrargenossenschaft ist. Wenn ich davon ausgehe, dass eine Agrargenossenschaft ...

- Unruhe -

Vorsitzender Eduard Oswald: Ich darf mal kurz unterbrechen: Wir sind hier ein relativ kleiner Kreis. Sie haben jetzt ausschließlich das Wort.

Sv Seedler (Deutscher Raiffeisenverband e. V.): Danke. Wenn wir davon ausgehen, dass eine Agrargenossenschaft bei 1400 Hektar im Schnitt 100 Liter je Hektar Diesel pro Jahr verbraucht, kommen wir auf einen Gesamtverbrauch von 140 000 Litern. Das würde - nach jetzigem Stand - zu einer Steuerbelastung von 64 000 Euro führen. Wenn ich das mit einem französischen Unternehmen und dessen deutlich niedrigeren Satz vergleiche, kommen

wir zu einem Nachteil von 56 000 Euro. Und das entspricht den jährlichen Personalkosten für zwei Arbeitskräfte. Wenn ich jetzt einmal weiterschaue - die angekündigten Änderungen von Montag wollen wir an dieser Stelle ganz deutlich begrüßen -, dann würde das dazu führen, dass sich die Steuerlast bei einer Agrargenossenschaft, die Differenz zum französischen Unternehmen auf 36 000 Euro verringert. Aber: Es ist weiterhin ein Differenzbetrag von 36 000 Euro in Bezug auf ein französisches Unternehmen. Das ist weiterhin mehr als eine Arbeitskraft. Deswegen unser Petition: Der eingeschlagene Weg ist richtig, aber wir würden es aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit begrüßen, wenn auch darüber hinaus noch eine weitere Senkung des Steuersatzes insgesamt erfolgen würde.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Otto Bernhardt. Jetzt für die Sozialdemokraten die Fragen unserer Kollegin Ingrid Arndt-Brauer.

Ingrid Arndt-Brauer (SPD): Ich habe jeweils eine Frage an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung und an den Bauernverband. Ich habe mehrmals zum Thema Agrardiesel im Plenum reden dürfen und hatte immer gute Gründe für den Selbstbehalt und für die Obergrenze. Ich komme allerdings aus dem Münsterland und bin nicht in dieser Struktur groß geworden, die wir eher in Ostdeutschland haben. Mich würde jetzt die Einschätzung von diesen beiden Institutionen interessieren, wie groß - ungefähr - die finanziellen Auswirkungen für die Betriebe in Gesamtdeutschland sein werden. Und: Hilft es gerade den Betrieben, die wir alle im Moment so ein bisschen im Auge haben, die sich hauptsächlich mit Milchproduktion beschäftigen? Denn ich habe den Eindruck, dass gerade die Betriebe Hilfe brauchen. Ist das die richtige Hilfe für diese Betriebe? Oder streuen wir da vielleicht mit der Gießkanne über alle ein bisschen was aus?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Frau Kollegin Ingrid Arndt-Brauer. Ich beginne mit Ihnen, Herr Matthias Nickel.

Sv Dr. Nickel (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung AdöR): Vielen Dank. Zunächst möchte ich dazu sagen, dass wir als Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung nicht primär für die Agrardieselvergütung zuständig sind. Das ist jetzt im Bereich der Zollverwaltung angesiedelt. Insoweit kann ich nur inhaltlich dazu sagen, dass die Maßnahme im Bereich des Selbstbehaltes letztlich natürlich eine Maßnahme ist, die natürlich nicht gezielt Milchbetriebe fördert, sondern allgemein landwirtschaftliche Betriebe. Dem wäre eine ungefähre Zahl von 360 000 Betrieben, die letztlich in diesem Bereich des Selbstbehalts betroffen sind, zugrunde zu legen. Aber aus unserer Sicht, als nicht für den Bereich der Zahlungen zuständige Stelle - darum kann ich dazu jetzt keine Details nennen - kann ich nur sagen:

Allgemein sind 360 000 Betriebe betroffen. Es wird jetzt hier natürlich keine bestimmte Gruppierung in einer gesonderten Weise gefördert, sondern es wird allgemein gefördert.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Ich glaube, Dr. Helmut Born kann dazu etwas sagen. Bitte schön.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Zunächst einmal die Frage: Wie greift dieser Selbstbehalt unten und die Deckelung oben? Der Selbstbehalt, diese 350 Euro, da muss man eigentlich noch die Bagatellgrenze, die 50 Euro, dazuzählen, erst dann kommt es zu einer Entlastung. 180 000 Betriebe fallen von vornherein - und das sind kleinere Betriebe -, fallen raus, sind bisher überhaupt nicht von dem Ausgleich erfasst. Es gibt auch schon eine Antwort auf die Frage: Milchviehbetriebe, häufig kleinere Betriebe, würden durch diese Maßnahme direkt Entlastung bekommen. Wenn Sie von 30 Hektar ausgehen - ich gehe gleich mal auf die Größenordnung ein -, dann ist der jetzige Vorschlag, wie er kommt, auch in einem Grünlandbetrieb eine Größenordnung von - ich sage mal - 15 bis 20 Euro - an Entlastung. Und immerhin: Dann sind wir auch sofort bei Beträgen, die zwischen 600 Euro und 1000 Euro liegen, auch in einem kleinen Milchviehbetrieb. Da sehen Sie schon, das ändert von der Marktseite her nicht fundamental etwas an der grundsätzlichen Situation der Betriebe. Es ist aber eine Hilfe, die direkt ankommt. Und im Moment ist uns wirklich jede Hilfe recht, weil es dort ziemlich brennt. Oben haben wir 40 000 Betriebe, die durch die Deckelung nur anteilig entlastet wurden. In der Regel bewegen sich die Steuerlasten dann jenseits der 40 Cent. Die sind bisher nicht betroffen und wurden kaum entlastet. Die kämen jetzt in eine Situation, in der dann auch je Hektar Größenordnung von 15, 20 Euro Entlastung wirklich da wären. Ich kann mich nur anschließen, Herr Seedler hat eben geschildert, was das für einen großen Betrieb bedeutet: Das sind dann Werte, die mithelfen! Ich bleibe mal bei der Milch, weil Sie nach der Milchproduktion gefragt haben und die größeren Milchviehbetriebe, die mit Fremdarbeitskräften, mit entlohnten Arbeitskräften wirtschaften, im Moment am heftigsten wirtschaftlich betroffen sind. Wenn es gelingt, auf diesem Wege ein, zwei Arbeitsplätze je Betrieb wieder zu stabilisieren, dann können Sie davon ausgehen, dass das, wenn Sie es beschließen, dann direkt - ich habe es eben erläutert - dem kleinen, familienbetrieblichen Betrieb, aber auch dem größeren, hilft. Und im Milchviehbereich ist es - ich sage es noch einmal - ganz wichtig, dass schnell und direkt geholfen wird.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Ingrid Arndt-Brauer. Der nächste Fragesteller kommt aus der FDP-Fraktion. Es ist unser Kollege Dr. Edmund Geisen. Er kommt aus dem Landwirtschaftsausschuss. Schön, dass er heute hier bei uns ist. Bitte schön, Dr. Geisen, Sie haben das Wort.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hätte eine Frage, da weiß ich nicht direkt an wen, vielleicht an die Bundesanstalt. Wie kann sichergestellt werden, dass die Entlastung schon für 2009 wirksam wird? Und dann hätte ich zwei Fragen an die Verbände, an den Bauernverband und an den Raiffeisenverband: Was halten Sie von der angekündigten Beschränkung auf zwei Jahre. Wie bewerten Sie die Möglichkeit, dass die künftige Bundesregierung Selbstbehalt und Kappungsgrenze 2011 wieder einführt? Eine weitere Frage: Warum ist der Einsatz von steuerbefreitem Biodiesel und Pflanzenöl, häufig als ökologisch sinnvollere Förderung bezeichnet, keine Alternative für die meisten Landwirte? Vielen Dank.

Vorsitzender Eduard Oswald: Dabei würde ich es jetzt einmal bewenden lassen. Es ist lieb von Ihnen, Kollege Thiele, dass Sie mich unterstützen. Kollege Thiele hatte sicherlich noch nicht die Gelegenheit, Ihnen ausführlich zu erläutern, wie das im Finanzausschuss läuft. Oder Sie haben sich gedacht, ‚Ich probiere es ganz einfach mal!‘. Nicht?

Carl-Ludwig Thiele (FDP): Es waren ja sachdienliche Fragen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, ja! Das stimmt. Da wird Ihnen auch niemand widersprechen, besonders aus Ihrer Sicht. Natürlich! Jetzt beginnen wir einmal, um es der Bundesanstalt leichter zu machen, indem ich sie nicht gleich als Erste aufrufe, mit dem Deutschen Raiffeisenverband. Suchen Sie sich das raus, was Sie beantworten können und wollen.

Sv Seedler (Deutscher Raiffeisenverband e. V.): Zur Frage Befristung auf zwei Jahre: Da hatte ich eingangs betont, wir begrüßen den Beschluss, die Obergrenze und auch den Selbstbehalt - zunächst befristet auf zwei Jahre - zurückzufahren. Gleichwohl - ich denke, das ist auch aus den Zahlen hervorgegangen -, durch diese Befristung wird der Wettbewerbsnachteil für die Agrargenossenschaft in Deutschland zunächst heruntergefahren. Um noch einmal die Zahlen zu wiederholen: Von etwa 56 000 Euro pro Jahr auf 36 000 Euro. Wenn dieses System nach zwei Jahren wieder geändert wird und Selbstbehalt und Obergrenze kommen, haben wir natürlich wieder den Wettbewerbsnachteil mit den entsprechenden Auswirkungen - auch auf die Agrargenossenschaften -. Deswegen ist für uns natürlich ganz klar: Wir würden uns wünschen und die Sache insoweit hier fordern, dass das eine durchaus dauerhafte Regelung wird, damit wir die Wettbewerbsgleichheit bekommen. Denn wir dürfen bitte auch eines nicht vergessen: Die landwirtschaftlichen Betriebe befinden sich in einem Wettbewerb. Das muss man auch ganz deutlich sagen. Deswegen ist es für uns ganz wichtig, gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Jetzt würde ich sagen: Dr. Helmut Born, bitte.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Die zwei Jahre nehmen wir erst einmal so hin. Ich sehe darin auch eine Chance. Man muss innerhalb dieser zwei Jahre schauen: Wie bewegt sich die deutsche Besteuerung im europäischen Vergleich? Sollte die Situation so bleiben, wie sie jetzt ist, dass wir hier sehr hohe Steuersätze haben und sich alle anderen Länder - ich sage mal - in Richtung Null-Besteuerung bewegen, dann gehe ich mal davon aus, dass wir - rechtzeitig vor dem Ende dieser Zweijahresperiode - noch einmal hier in diesem Kreis darüber reden können, ob man diesen Steuersatz, wie er jetzt mit 25 Cent - 25 Komma und ... Cent - festgelegt ist, dann nicht doch ein Stück näher an die europäische Realität bringt. Insofern hat so ein Überprüfungstermin allemal Wirkungen und ich hoffe, dass das dann im Sinne der Bauern ausgehen wird. Zu der Frage, Herr Geisen, ‚Warum fahrt ihr nicht mit Biodiesel?‘ will ich nicht die Kraftstoffdiskussion lostreten. Die hat, glaube ich, dieses Haus schon heftig beschäftigt. Das ist letztendlich eine Frage des Erdölpreises. Gegenwärtig ist es so, dass wir die Bauern nicht mit Biodiesel entlasten könnten. Das muss man ganz offen sagen. Und wenn das so ist, ist das auch schon die Antwort, denn es ist eben keine Möglichkeit, den Bauern jetzt auf der Kostenseite entgegenzukommen. Eine ganz andere Frage ist: Wie schaffen wir die Bedingungen für Biodiesel insgesamt in der Verwendung? Aber noch mal: Für die konkrete Situation der Milchbauern oder der Bauern überhaupt ist das kein Entlastungsweg.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Jetzt die Bundesanstalt, Herr Dr. Matthias Nickel.

Sv Dr. Nickel (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung AdÖR): Zu der Frage, wie die Förderung möglichst zeitnah erfolgen kann: Hier ist zu sehen, dass die Agrardiesel-erstattung letztlich immer im auf das Verbrauchsjahr folgende Jahr erfolgt und dementsprechend eine Förderung bzw. eine Agrardieselvergütung im Jahr 2009 möglich wäre, wenn als Verbrauchsjahr das Jahr 2008 zugrunde gelegt würde.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das waren jetzt die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Dr. Geisen. Jetzt: Aus der Fraktion DIE LINKE., die Fragestellerin Frau Kollegin Dr. Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte Herrn Vetter und Herrn Schlegelmilch fragen. Herr Vetter, Sie leiten ja selbst einen großen Betrieb und ich denke, dass die jetzt beschlossene oder avisierte Regelung auch bei Ihnen zum Arbeitsplatzverlust führt. Mich interessiert aber insbesondere, inwieweit die Zweijahresregelung als Zeitraum ausreichend ist, um vielleicht auch ökologische Dinge einzuleiten. Wie kommen wir also tatsächlich hin zu mehr Nutzung von Biodiesel und von rein pflanzlichen Kraftstoffen? Ich weiß nicht, wie das in Ihrem Betrieb ist, ob das überhaupt schon verwendet wird. Herr Schlegelmilch, das würde ich gerne auch noch einmal von Ihnen allgemeiner beantwortet haben. Danke.

Vorsitzender Eduard Oswald: Jawohl! Dann beginnen wir auch gleich mit dem Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Herr Kai Schlegelmilch, und dann Herr Wolf-Dietmar Vetter. Bitte schön, Herr Schlegelmilch.

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ganz allgemein: Dem Gesetzentwurf stehen wir etwas kritisch gegenüber, wie Sie unserer Stellungnahme entnehmen können, weil wir die Zielsetzung des Energiesteuergesetzes, die ja mal ursprünglich aus der ökologischen Steuer- und Finanzreform hervorging, in der konkreten Ausformulierung nicht wiederfinden. Im Gegenteil: Hier sollen die Subventionen - oftmals werden sie als umweltschädliche Subventionen bezeichnet - weiter ausgedehnt werden. Von daher sehen wir nicht, dass dieser Gesetzentwurf wirklich das Ziel jenes Gesetzes insgesamt erfüllt. Nun zu den konkreten, ökologischen Fragen, die Sie, Frau Dr. Höll, stellten: Hier sehen wir auch nicht, dass irgendeine ökologische Differenzierung bei der Kompensation, die erfolgen soll, stattfindet. Es wäre z. B. erstens denkbar, dass man die Kompensationen, die hier erfolgen sollen, auf die ökologisch wirtschaftenden Betriebe beschränkt, um ganz bewusst einen Strukturwandel herbeizuführen. Dabei kann man sicherlich auch noch den integrierten Anbau mit hinzuziehen, um dadurch eine größere Flächenwirkung zu erzielen. Und zweitens könnte man daran denken, das, was das Umweltbundesamt ausgearbeitet hat - nämlich ein Energiemanagementsystem -, dass man das zur Bedingung macht, um eine solche Kompensation zu erhalten. Denn wenn schon Subventionen gewährt werden sollen, dann sollte dies unseres Erachtens konditionell erfolgen, um hier entsprechende strukturelle Veränderungen für den Klima- und Umweltschutz zu erhalten.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Jetzt Herr Wolf-Dietmar Vetter.

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Ich komme aus einer Agrargenossenschaft in West-Mecklenburg. Wir sind in der Agrargenossenschaft 29 Mitglieder, wovon 21 aktiv sind, bewirtschaften insgesamt 2800 Hektar, haben ein Territorium an der Nordwestspitze der Mecklenburgischen Seenplatte, sind im Naturpark Sternberger Seenland, ein Landstrich, der sehr von Wasser und Wald durchsetzt ist, durchschnittliche Bodenwertzahl 29, also keine Ackerbaugegend. Wir haben natürlich dementsprechend auch in Zusammenarbeit mit dem Naturpark eine ausgeprägte Schafhaltung im Territorium, Mutterschafhaltung, halten 1500 Mutterschafe, mehrere Herden, und bewirtschaften extensives Grasland, was auch anders nicht zu bewirtschaften ist, jedenfalls nicht in unserer Ecke dort. Ich denke, dass auch künftige Generationen ähnlich darüber denken werden. Es ist eine schöne Ecke. In unserem Betrieb macht die derzeit angedachte Regelung mehr als 40 000 Euro aus. Das sind - kann man sagen - fast zwei Arbeitsplätze, die damit bezahlt werden können. Insofern ist das schon eine Dimension. Wenn ich höre, dass das erstmal für zwei Jahre angedacht ist, dann ist natürlich

das Denken in Richtung Entwicklung des Betriebes, Arbeitsplatzschaffung erstmal wieder ein bisschen eingeschränkt, weil man ja nicht weiß, was nach den zwei Jahren kommt. Außerdem möchte ich noch sagen - das ist heute noch nicht angekommen -, dass diese Besteuerung aktiv in die Arbeitsplätze eingreift, denn die auf den Flächen fahrenden Traktoren sind Arbeitsplätze. Damit werden natürlich die Kosten dieser Arbeitsplätze gesenkt. Ich möchte auch unterstreichen, dass natürlich kostengünstige Bewirtschaftung mit den Traktoren die arbeitsintensiven Fruchtarten und -zweige stärkt. Damit könnte man natürlich, gerade was Kartoffelanbau betrifft, was eventuell auch Gemüse- oder ähnlichen Anbau betrifft, darüber nachdenken, solche Produktionszweige zu stärken, was wiederum - gerade die Wertschöpfung im ländlichen Raum - stärkt. Und ich muss mal sagen: Unser Raum ist, ich will nicht sagen tiefstes Mecklenburg, aber wir sind fernab von den Städten. Wir haben zwar eine Stadt, eine sehr alte Stadt, mit 2 900 Einwohnern, aber das sind in anderen Regionen Deutschlands große Dörfer. Insofern ist bei uns natürlich jeder Arbeitsplatz, der geschaffen werden kann, der wertschöpfungsmäßig geschaffen werden kann, von Bedeutung. Insofern kann ich natürlich auch diese Regelung erstmal begrüßen und hoffe, dass sie so ausgestaltet werden kann, dass wir damit planbar an der Entwicklung des Betriebes in der genannten Hinsicht arbeiten können, wie ich es geschildert hatte. Noch eine Bemerkung zu Pflanzenöl - mein Nachbar hatte dazu schon ein paar Sätze gesagt -: Da könnte man ganz einfach fragen ‚Warum machen wir das nicht?‘. Wir haben darüber nachgedacht, hatten es auch schon geplant, sind aber letztendlich an der Landtechnikindustrie gescheitert, die uns quasi davon abgeraten hat. Das war vor einigen Jahren. Es gab damit auch ein paar Probleme. Nicht umsonst ist seinerzeit auch das 1 000-Traktoren-Programm der Uni Rostock angeregt worden, hat zum Teil gute Ergebnisse gebracht, aber ich denke, dass in diesem Gebiet gerade bei der Landtechnikindustrie, bei den Traktorenherstellern noch Handlungsbedarf besteht. Eindeutig muss man sagen, dass diese Betriebe der Landtechnikbranche noch daran arbeiten müssen, damit das auch wirklich produktionswirksam und in der Landwirtschaft brauchbar ist.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. In der Tat, wir haben in ganz Deutschland wunderschöne Landschaften: Von Ost nach West und Süd nach Nord. Das ist so. Frau Kollegin Dr. Höll, Sie ...

Zwischenruf des Abg. Schultz

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, das ist wahr! Frau Dr. Höll hat sicher auch die Antwort bekommen, die sie gerne hören wollte. So! Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Christine Scheel. Bitte schön, liebe Christine.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich würde auch ganz gern noch einmal Herrn Vetter und Herrn Schlegelmilch ansprechen. Und zwar: Wir haben jetzt die

Zweijahresregelung - Kosten: 285 Millionen Euro pro Jahr - und haben in der Perspektive - davon gehe ich mal aus - steigende Ölpreise. D. h., wir werden die Probleme in der Zukunft wieder verstärkt auf uns zukommen sehen. Gleichzeitig ist es so, dass auch von Seiten der zuständigen Ministerien darauf hingewiesen wird, dass man innerhalb der Landwirtschaft auch mit Blick auf den Klimawandel trotz aller Probleme, die damit verbunden sind, wettbewerbsorientiert handeln kann, durch Umrüstung. Sie haben jetzt gesagt, Sie hätten da bei der Landtechnikbranche Schwierigkeiten gesehen. Das würde mich noch einmal konkret interessieren, weil es sehr viele Betriebe gibt, die umgerüstet haben - meines Wissens kostet so eine Umrüstung ungefähr 7 000 Euro - und damit sehr zufrieden sind. Deswegen die Frage: Wann war das? Sie haben das durchkalkuliert, das habe ich verstanden. Das ist auch völlig in Ordnung. Sie müssen als Betrieb kalkulieren! Aber: Wann war das? Haben Sie dazu auch noch einmal neuerdings Kontakt gehabt? Das möchte ich ganz gerne einmal wissen. Und: Könnten Sie sich nicht vorstellen, dass es, wenn man statt dieser 285 Millionen pro Jahr eine Investitionsdirekthilfe für die Umrüstung auf reine Pflanzenöle geben würde, zukunftsorientierter wäre als das, was jetzt hier als Sofortmaßnahme vorgelegt worden ist - ich vermute im Zusammenhang mit den Widerständen dieser Woche, die für den Bauernverband ein Erfolg waren -?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Ich nehme gleich Sie, Herr Schlegelmilch, Sie haben das Mikrofon noch von der letzten Wortmeldung an. Bitte schön.

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender. In der Tat würde es aus unserer Sicht gerade bei den Energiekosten eine Alternative darstellen, Direktinvestitionshilfen statt einer pauschalen Rückerstattung zu zahlen, damit nicht jeglicher Anreiz für ein sparsames Verhalten verloren geht. Frau Abg. Scheel wies zu Recht darauf hin, dass wir weiter von steigenden Energiepreisen, Ölpreisen ausgehen müssen. Da wäre diese Maßnahme natürlich extrem kontraproduktiv, insbesondere da Neuinvestitionen in Traktoren, in andere Geräte, die die Bauern betreiben, natürlich gerade vor dem Hintergrund entschieden werden, ‚Welche Betriebskosten sind damit auf die Dauer verbunden?‘. Diese Investitionsentscheidung gilt es, zu beeinflussen. Damit, dass man effiziente Traktoren anschafft, würde man auch die Landwirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit steigern. Aber das schafft man meines Erachtens eben gerade nicht, indem man eine allgemeine Ermäßigung bei den Energiekosten einräumt. Andere Entlastungen? Gar keine Frage! Wir haben bereits gesagt: ‚Wir sind für Entlastungen aufgeschlossen!‘ Aber: Sie sollten gezielter erfolgen, nicht so pauschal. Letzter Punkt, den ich vorhin nicht erwähnt hatte: Ein wesentliches Ziel des Energiesteuergesetzes war damals auch ‚Entlastung Lohnnebenkosten‘. Man könnte natürlich auch daran denken, gezielt Lohnnebenkosten in diesem Bereich zu reduzieren. Wie das genau erfolgen kann, wissen Sie als Bauernverbandsvertreter sicherlich wesentlich besser als ich, damit würde man aber zumindest der gesamten Zielrichtung des Gesetzes besser Rechnung tragen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Herr Schlegelmilch. Jetzt: Herr Wolf-Dietmar Vetter. Bitte schön.

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Also, Sie haben vollkommen Recht, dass in den letzten Jahren schon eine merkbare Erhöhung der Kosten für Energie, also für Diesel, bei uns spürbar war. Ich habe mir das mal vor Augen geführt: Von 1998 bis heute - Steuererstattung berücksichtigt - hat sich für unseren Betrieb der Preis für den verfahrenen Liter Diesel von 22 Cent 1998 auf 1,08 Euro im Jahre 2008 erhöht. Das ist fast das Fünffache! Das ist erstaunlich! Natürlich reagiert man als Betrieb. Insofern muss ich sagen, dass steigende Kosten natürlich unwahrscheinlich zu Kostensenkungsaktionen animieren. Wir können für uns konstatieren - ich will mal einzelne Jahre außen vor lassen, ich vergleiche einfach mal die letzten 10 Jahre mit den davorliegenden 10 Jahren, oder die 2000er Jahre mit den 90er Jahren -, bei uns hat sich der Dieserverbrauch pro Hektar um 20 Liter je Hektar gesenkt. Das sind fast genau 20 Prozent. Das ist eine enorme Entwicklung. Und diese Entwicklung führe ich auf zwei Gründe zurück: Das Eine sind natürlich Investitionen in moderne Traktoren. Da muss ich sagen, hat sich in den letzten 20 Jahren wahnsinnig was in Deutschland getan. Und ich glaube auch, dass Deutschland in dieser Entwicklung führend ist. Wir haben Anfang der 90er Jahre amerikanische Traktoren gehabt. Inzwischen sind die modernen Traktoren, die wir jetzt haben - ohne jetzt Typen zu nennen - denke ich deutlich Sprit sparer. Das Zweite ist, dass man natürlich in den Produktionsverfahren, die man betreibt, nach Wegen sucht, wie das kostengünstiger zu betreiben ist. Dazu hat Deutschland als Forschungsstandort auch an den Hochschulen und Universitäten einiges geleistet. Ich denke mal, dass wir dort auch was zustande gebracht haben. Insofern hat eine solche Entwicklung natürlich auch was Gutes für sich, weil sich die Betriebe weiterentwickeln. Die zweite Sache, die Sie dazu gesagt haben: Warum nicht auf dem Gebiet so weitermachen und über Alternativen nachdenken? Jeden Tag, sage ich mal so!! Wir sind natürlich auch daran interessiert! Aber seinerzeit - und auch jetzt ist das noch so, wenn Sie große deutsche Traktorenhersteller befragen - hörte man: ‚Was sollen wir machen? Wir haben Traktoren im Hochleistungssegment!‘ Da gibt es keine allumfassende Empfehlung. Das ist auch der Stand von heute. Ich kann das vielleicht nicht für alle Traktorenhersteller sagen, aber ich sage das zumindest für die Traktorenhersteller, die unseren Hof beliefern. Und da ist sicherlich noch einiges zu machen. Ich würde es begrüßen, wenn auch die Aktivitäten der Traktorenhersteller forciert werden und vielleicht auch in der Hinsicht gefördert werden. Wir als Betrieb, das kann ich Ihnen versprechen, würden auf jeden Fall auf den Zug aufspringen und würden Veränderungen im Betrieb einleiten, wenn wir das - ich sage mal - auch von allen Seiten betrachtet als gut empfinden würden.

Vorsitzender Eduard Oswald: Herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Christine Scheel. Nächster Fragesteller ist der Kollege Norbert Schindler aus der Fraktion der Union. Bitte schön, Kollege Norbert Schindler.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst noch einmal aus Sicht der Union, auch zur Klarstellung im Protokoll: Wir haben heute die parlamentarische Beratung zum Energiesteuergesetz. Der Stand vom 24.05. war ein anderer als der, wie er sich heute zum 27.05. darstellt. Damals war der Antrag, ‚Die Bundesländer bekommen eine Öffnungsklausel!‘, in der Diskussion. Heute sind wir aufgrund des Koalitionsbeschlusses an der Spitze - auch unterstützt draußen, von der Straße - Gott sei Dank zu einer anderen Beratungsgrundlage gekommen. Der Selbstbehalt unten bleibt aber bis auf eine Restsumme von 50 Euro. Das sage ich auch zur Klarstellung, weil es immer einen Verwaltungskostenanteil gab. Es heißt: ‚Die Zeit vor Künast!‘, wie es Frau Aigner verkündet hat. Nur zur Erinnerung: Die 50 Euro werden wahrscheinlich als untere Grenze bleiben. Aber diese Frage kann man ja jetzt noch einmal in der Anhörung klären. Zum anderen auch noch einmal die Feststellung seitens der Union: Das 200-Traktoren-Programm von Ministerin Künast war leider ein Flop, weil die Motorenverträglichkeit bei den B100 eben so nicht gelaufen ist. Mein Nachbar über 3km hat mir vor vier Jahren gesagt: ‚Komm mir nur mal noch mal mit deiner Empfehlung seitens der Politik!‘, weil er den Traktor dann trotz Umrüstung in der Feintechnik bei der Einspritzung einfach nicht so reparaturfrei behielt. Die Liegenbleiber im Winter sprachen dann Bände. Deswegen sind von diesen 200-Fendt-Traktoren vor einem Jahr auch nur noch fünf oder zehn in Betrieb gewesen. Alle anderen wurden leider Gottes aus dem Verkehr gezogen. Deswegen hatte leider auch die Koalition bei der Biokraftstoffquoten-Gesetzgebung, Kollege Schultz, den anderen, in Verbindung mit Klimazielen vernünftigen Weg der Beimischung von vor zwei, drei Jahren vor einigen Wochen noch einmal negativ geändert. Aber das war eine andere Zielrichtung. Herr Dr. Born, die erste Frage geht an Sie!

- Zwischenruf des Vorsitzenden -

Norbert Schindler (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, wenn man vier bis acht Wochen gekämpft hat, damit wir eine europäische Gleichstellung, wenigstens einen großen Schritt in die richtige Richtung, bekommen, muss man dies - auch in einer Anhörung - nicht nur für das Protokoll, sondern auch als Willenserklärung seiner Fraktion mitteilen. Es war der Anspruch, europäische Gleichheit der Energiekosten auf den Feldern, Wiesen und Äckern zu bekommen. Dass wir immer noch eine Wettbewerbsverzerrung haben, ... Sei es drum! Man muss dieses gute Ziel, das jetzt einen Zwischenschritt darstellt, schon mal deutlich positiv herausstellen - egal, wie sich die Erdölpreise bewegen -. Die Gleichheit mit den Franzosen oder den Österreichern oder den Polen in gemeinsamen Gebieten ist dann bei der Börse in Frankfurt oder in Hannover gewährleistet. Und diese gleiche Voraussetzung ist das Ziel, das jetzt - im Einstieg richtig -

erstritten wurde. Herr Dr. Born: In den größeren Betrieben unserer Heimat hier im Osten ist der Verbrauch pro Betriebseinheit ein anderer, aber im Durchschnitt - ich bitte um eine Bestätigung -, im Schnitt der westdeutschen Betriebe, vor allem der intensiven Milchbetrieben mit hohem Futterbauanteil, liegen die Zahlen bei 130 bis 150 Liter Verbrauch pro Hektar. Ist das, was wir einschätzen, richtig? Dies im Gegensatz zum Ackerbau, der sich bei 80 bis 100 Liter pro Hektar bewegt. Aber wir wollen ja auch eine direkte Antwort für die Milchbauern geben. Und zum anderen die Frage - die geht nicht nur an Sie, Herr Dr. Born, sondern auch an die Bundesanstalt -: Wie halten wir es? Frau Aigner sagte am Montag an der Siegestsäule auf die Zwischenrufe, das Geld für das Kalenderjahr 2009/2010 käme ordnungsgemäß frühestens im Februar, März nächstes Jahr bei den Betrieben an. Ich bin heute Morgen von Herrn Kollegen Schultz informiert worden, auch auf Bitte der SPD ist zu prüfen - deswegen die Frage an die Bundesanstalt - ‚Sind schon Zahlungen in diesem Jahr für 2008 gelaufen?‘ Wenn nicht, könnte man dann rechnerisch und technisch durchführen, dass die Anträge, die zum großen Teil schon bei Ihnen sind, für das Jahr 2008 voll gerechnet werden? Oder ist es systematisch besser, dies für das Kalenderjahr 2009 glattzuziehen - auch unter dem Aspekt, dass die Betriebe das Geld erst in frühestens in 10 Monaten bekämen -? Was wäre da noch verwaltungsmäßig zu machen? Und noch einmal die ergänzende Frage an Sie, Herr Dr. Born: Wir unterstellen, für die Liquidität der Betriebe wäre natürlich eine frühere Auszahlung viel, viel besser. Wie sehen Sie das?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Ich bin sehr dankbar, dass Kollege Schindler den aktuellen Stand eingespeist hat, denn das Organ des Deutschen Bundestages, der Finanzausschuss hat keine Zuleitung dieser Information, da sie in der Tat auf der Straße verkündet worden ist.

- Zwischenrufe, Unruhe -

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, es ist so! Oder er ist in Spitzengremien ausgehandelt worden, aber er hat bis jetzt das Parlament nicht im klassischen Sinne erreicht. Deshalb ist es wichtig! In der Juni-Sitzungswoche werden die Fraktionen diese Punkte dann wohl auch ganz offiziell in Form einer Ergänzungsmitteilung oder in die Beratungen des Ausschusses einbringen. Wir beginnen bei Dr. Helmut Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Vorsitzender, da wir das direkter erfahren habe, haben wir jetzt einen gewissen Informationsvorteil gegenüber dem Ausschuss. Ich sage ganz offen: W wir haben uns auch darüber gefreut. Zu den beiden Anmerkungen von Herrn Schindler: Wenn man sich mal die Verbräuche - natürlich mit betrieblichen Unterschieden, aber im Grundsatz - anguckt, dann haben wir die höchsten Diesel- oder Energieverbräuche im Sonderkultur- und im Ökobereich, dann kommen die intensiven

Grünlandgebiete und am unteren Ende liegen die extensiven Ackerbaubetriebe. Weil ich in letzter Zeit so viel gehört habe ‚Wie ist die Verteilung?‘: Es ist in der Grundtendenz wirklich so, dass - wenn diese Entlastung so kommt - wir den Sonderkulturbetrieben, den Ökobetrieben und den Grünlandbetrieben ganz besonders entgegenkommen. Ich glaube, das ist in der jetzigen Diskussionslage - gerade auch vor dem Hintergrund Milch - nicht unwichtig. Die zweite Frage: Wir gehen davon aus - auch ich habe die Antwort der Ministerin in der „Diskussion 2009“ gehört -, dass man das Antragsverfahren 2009 nutzt - ich glaube nicht, aber das wissen Sie besser, dass da bereits Zahlungen gelaufen sind, denn das Antragsverfahren endet am 30.09., endet am 30.09., aber das kann dann die Bundesanstalt erläutern -, dass man die geänderte Besteuerungsgrundlage in dieses Verfahren - das bezieht sich dann auf 2008 - hineinfließen lässt. Das hätte den Vorteil: Die Betriebe haben die Anträge gestellt. Da sind die Unterlagen da! Und das Dritte - es ist natürlich völlig richtig -: Wer schnell hilft, hilft doppelt! Wir haben eben in den Betrieben im Moment nicht nur ein Rentabilitätsproblem, sondern wir haben ein Liquiditätsproblem. Und das schlägt bei einigen Betrieben über der Nasenspitze zu. Alles was hilft, schnell hilft, hilft doppelt. Insofern werben wir dafür, das Antragsverfahren 2009 zu nutzen, um möglichst schnell Geld bei den Betrieben ankommen zu lassen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Herr Dr. Matthias Nickel, fühlen Sie sich bei diesen Fragen kompetent?

Sv Dr. Nickel (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung AdÖR): Ich fühle mich insofern kompetent, als ich hier eine ganz klare Aussage über unsere Zuständigkeit machen kann, weil wir genauso eine Zahlstelle des Bundes sind, wie auch die Zollverwaltung in dem Bereich Agrardieselvergütung Zahlstelle des Bundes ist. Auch wenn man hier die letzte Entwicklung - Aussetzung des Selbstbehaltes und Obergrenze - dem entsprechend berücksichtigt, dass für diese Aufgabe abweichend von dem vorhergehenden Entwurf, in dem die Länderöffnungsklausel geregelt war, wiederum der Bund zuständig wäre, sind nicht wir die zuständige Stelle für die Zahlungen, sondern das wäre dann wiederum Aufgabe der Zollverwaltung. Insofern kann ich in dem Bereich eben nichts zur Verfahrensweise der Zollverwaltung sagen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Genau das war mein Hinweis.

Sv Dr. Nickel (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung AdÖR): Genau! Insofern kann ich nur sagen: Wir sind in anderen Bereichen, die hier keine Rolle spielen, wie beim Absatzfonds, tätig, in denen jetzt Rückzahlungen erfolgen müssen. Da sind wir natürlich um standardisierte Verfahren bemüht, um möglichst schnell Rückzahlungen vorzunehmen. Ich gehe davon aus, dass auch die Zollverwaltung durch möglichst standardisierte und

vereinfachte Verfahren schnell Zahlungen vornehmen will. Aber im Einzelnen kann ich leider an der Stelle nichts dazu sagen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Die Zollverwaltung ist unmittelbar im Finanzministerium angesiedelt. Insofern wird das auch alles in Ordnung gehen. Das waren die Antworten ...

Norbert Schindler (CDU/CSU): Darf ich eine Zusatzfrage an das Finanzministerium stellen?

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, Ihr Nachbar ist der federführende Beamte. Ist seitens der Auszahlungsstelle - das läuft über Sachsen -, ist in diesem Jahr schon eine Auszahlung getätigt worden oder ist noch alles „Standby“? Obwohl, wie Dr. Born sagt, das Antragsverfahren bis zum 30. September läuft, könnte, wer im Februar Anträge fertig hatte, schon Geld haben. Was passiert dann?

MR Jakobs (BMF - Ref. III B 6): „Standby“ ist nicht, das Zahlungsverfahren ist angelaufen. Den genauen Stand der Anträge, die schon ausgezahlt sind, kann ich nicht nennen. Aber in jedem Fall wäre es ein Eingriff in das laufende Zahlungsverfahren, wenn das jetzt noch für 2008 erfolgen soll.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Aber es wäre auch im Nachhinein heilbar?

MR Jakobs (BMF - Ref. III B 6): Es wäre heilbar. Es wäre ein gewisser Verwaltungsaufwand, aber es wäre heilbar.

Norbert Schindler (CDU/CSU): Und: Es wären nach meiner Schätzung höchstens 10 Prozent der Betriebe, die es vielleicht beantragt haben.

Vorsitzender Eduard Oswald: Auf jeden Fall ist es heilbar.

- Zwischenruf -

Vorsitzender Eduard Oswald: Ja, das machen wir noch, und dann kommt der Kollege Reinhard Schultz dran. Der wartet aber der Kollegin Christine Scheel zuliebe gern. Bitte schön, Kollegin Christine Scheel.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er guckt jetzt nicht so, aber es geht schnell.

Vorsitzender Eduard Oswald: Doch, doch, der meint es schon so.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lieber Reinhard, ich mache schnell. Ich habe nur schnell eine Nachfrage an Herrn Dr. Born. Und zwar: Sie haben gerade gesagt, diese Maßnahme diene vor allen Dingen auch den Ökobetrieben und auch den Sonderkulturen. Bezogen auf die Ökobetriebe: Wie viel Demeter- und Bioland-Betriebe sind denn davon betroffen, die nicht bereits auf Pflanzenöle bzw. Biodiesel umgestellt haben?

Vorsitzender Eduard Oswald: Herr Dr. Born, sind Sie so nett?

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Wir haben ...

- Zwischenrufe -

Vorsitzender Eduard Oswald: Versuchen wir einmal, dass Herr Dr. Born das alleine beantwortet! Bitte schön. Ganz alleine! Wir schreiben keine Klausurarbeit oder Klassenarbeit, dass man ihm ein bisschen einflüstern muss. Er macht das. Bitte schön.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Wir haben wenige hundert Betriebe, die bisher umgestellt haben. Das muss man ehrlicherweise sagen. Herr Vetter hat die Situation geschildert, das gilt auch für die Ökobetriebe. Nur noch einmal zur Erläuterung, warum dort der Verbrauch etwas höher ist: Weil man einfach mehr auf die mechanische Bodenbearbeitung setzt. Und: Die Traktoren in den Ökobetrieben sind oftmals ältere Jahrgänge. Die umzurüsten ist besonders teuer, deshalb ist die Umrüstungsquote in den Ökobetrieben mindestens nicht höher als in den konventionellen Betrieben. Eben ist es angekommen: Wenn Sie einen Schlepper auf den Ölbetrieb umstellen wollen, müssen Sie in der Größenordnung - ich hatte eben die 7500 Euro genannt, sage aber mal - zwischen 5000 und 7000 Euro in die Hand nehmen. Daran scheitert das. Ich kann Ihnen jetzt keine exakte Zahl nicht geben, aber für unsere 380 000 Betriebe sind es insgesamt nur wenige hundert Betriebe, die bisher umgestellt haben.

- Zwischenfrage -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Ja, das kann ich Ihnen zukommen lassen. Ich kann es nur jetzt nicht aus der Lamäng, ohne falsche Zahlen zu nennen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Das ist verständlich. Jetzt gehen wir wieder in der Reihenfolge vor. Kollege Reinhard Schultz hat sich schon präpariert. Bitte schön, Kollege Reinhard Schultz.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Das läuft ja hier alles wie geschmiert.

Vorsitzender Eduard Oswald: Mit Schmiermittel, in Ordnung.

Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Ich will es noch einmal bestätigen, weil sich die Geschäftsgrundlagen gleitend verändern, weil wir insgesamt zurückkehren, weg vom Vorlagenwesen, hin zur mündlichen Überlieferung, so wie es die Alten hatten, als sie noch nicht schreiben konnten und deswegen auch ein super Gedächtnis hatten, zum Beispiel die Druiden. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen, so läuft das jetzt hier inzwischen. Aber ich habe mich noch einmal bei den Oberdruiden - bei beiden, die sich ursprünglich darauf geeinigt hatten, das war nicht Frau Aigner, sondern das waren Herr Kauder und Herr Struck - erkundigt: Sie haben tatsächlich gemeint, dass das Geld schnell kommen muss. Ich weiß nicht, inwieweit sie in der Technik im Film waren, aber sie gehen davon aus, dass in diesem Jahr Geld fließt, d. h. im Klartext, es muss in das laufende Antragsverfahren eingespeist werden. Und: Norbert Schindler und ich haben uns eigentlich vorbehaltlich der Zustimmung unserer Arbeitsgruppen vorhin darauf verständigt, dass wir das so wollen. Dieses vorausgeschickt! Ich will nicht verhehlen, dass ich - sozusagen vom Grundsatz her - von dieser Maßnahme nicht so begeistert bin, weil sie weder dem Subventionsabbau noch einer - sagen wir mal - Ökologisierung von Landwirtschaft dient. Ich akzeptiere das aber ausdrücklich als Notmaßnahme in einer sehr, sehr schwierigen Situation, in der ich nicht auf Knopfdruck irgendwelche Schlepper umrüsten kann. Allerdings sollte man das auch in der weiteren Diskussion mit Absichtserklärungen - zumindest der größeren politischen Gruppierungen -, dass man in der Nachfolge guckt, ob man nicht andere Wege beschreiten kann, verbinden. Deswegen frage ich auch noch einmal ausdrücklich Herrn Born, aber auch Herrn Schlegelmilch, ob man nicht grundsätzlich - auf Dauer ist es natürlich nicht glaubwürdig, reine Pflanzenöle als Kraftstoff an Busse, an Eisenbahnen und an Sonstige zu verkaufen und gleichzeitig zu erklären: „Aber es ist grundsätzlich so, dass der liebe Gott den Trecker so gebaut hat, dass er das nicht verkraftet!“ Das kann wohl so auf die Dauer nicht gut gehen - ob man nicht zu einem Ergebnis kommen sollte. Erstens: Ordnungsrechtliche Vorgabe für alle neu zuzulassende landwirtschaftliche Fahrzeuge: Sie müssen ab einem bestimmten Zeitpunkt reine Biokraftstoffe verkraften. Zweitens: Nachrüstprogramm. Das ist die Frage an Herrn Born. Die zweite Frage hat, um das Verfahren abzukürzen, überhaupt nichts mit dem Agrardiesel, sondern mit einem anderen Problem, zu tun. Die Frage richtet sich an Herrn Schlegelmilch - ich weiß, dass sich Ihre Einrichtung damit befasst hat, nämlich mit dem Thema der Rußpartikelfilter und allem drum herum: Wir haben die Situation, dass aufgrund bestimmter, sehr kritischer Entwicklungen nicht so viel nachgerüstet worden ist, wie wir uns gewünscht haben - ursprüngliche Zahl: 1,5 Millionen Altfahrzeuge -. Würden Sie es für wünschenswert halten, dass wir die Förderung auf diesem Gebiet verlängern oder halten Sie es für überflüssig?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Ich beginne bei Ihnen, Herr Dr. Helmut Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Abgeordneter Schultz, ich teile die Grundeinstellung, die in Ihrer Frage mitschwingt: In der Landwirtschaft müssen wir hin zu Biokraftstoffen. Wir können nicht erwarten, dass sich andere Bevölkerungsgruppen oder andere Sektoren bewegen und wir es selbst nicht tun. Ich habe erläutert, dass der Zeitpunkt dafür in einer für die Landwirte so wirtschaftlich schwierigen, bedrängten Situation wie im Moment nicht ganz gut ist und wage auch zu prophezeien: Wenn der Ölpreis wieder in die Größenordnung geht, die wir jetzt schon einmal erlebt haben, dann wird die Umstellung eine Beschleunigung erfahren. Dass das dann auch wieder mit der Rohstoffpreisentwicklung zusammenhängt, kennen wir. Wir müssen da versuchen, die richtige Balance zu finden, aber ich teile Ihre Auffassung, die ich da so ein bisschen raushöre: Wir müssen in der Landwirtschaft - und ich nehme die Forstwirtschaft gleich mit - in diese Richtung gehen. Jetzt ist die Frage: Wie kriegt man das hin? Ich bin jetzt kein Techniker. Vielleicht sind das andere hier im Raume. Wir haben mehrmals mit der Landmaschinenindustrie, mit den wichtigsten Herstellern geredet. Das Interessante ist, wir haben die Motorenhersteller vor allem in Deutschland, Selbst wenn es amerikanische Maschinen sind: Die Motoren für die Landmaschinen kommen weltweit in hohem Maße aus Deutschland. Und bisher ist es offenbar so: Es ist leichter, einen LKW-Motor, der gleiche Leistungen hat und immer so mit 1 000 Touren läuft - ich bin kein Techniker, ich gebe es wieder -, mit Biokraftstoff innerhalb des Rahmens von Ruß bis sonstigen Emissionen zu halten, während unsere Traktoren, die mal mit 1 000 Umdrehungen laufen und dann, wenn es ganz schlimm läuft, auf 1 800 und 2 000 Umdrehungen gehen, andere Motoren haben, die in der Feineinstellung - weil wir ja den Spritverbrauch senken wollen - dann Schwierigkeiten kriegen, wenn wir Biokraftstoffe einsetzen. Das ist der eigentliche Grund, warum wir da noch nicht vorangekommen sind. Wir müssen da hin! Und ich nehme auch gerne die Frage jetzt noch einmal zum Anlass, diesen Druck auf die Landmaschinenseite, die Ackerschlepperseite zu erhöhen. Viel schwieriger ist das Umrüsten der alten Maschinen. Nun haben wir einen hohen Bestand. Den umrüsten? Ich weiß nicht! Da wäre es vielleicht irgendwann einmal besser - ich will nicht die Abwrackdiskussion der Autos lostreten -, aber es wäre besser, die alten Hündchen rauszuziehen und dafür mit neuen Maschinen, die mit den Umweltstandards besser zurechtkommen, loszumarschieren. Noch einmal da drunter einen Schlusstrich: Ja! Wenn uns hier in einer schwierigen Situation geholfen wird, motiviert uns, dass die Energiepreise wieder hochgehen werden, geradezu, an der Stelle oder an den beiden Stellen anzusetzen, die ich hier geschildert habe.

Vorsitzender Eduard Oswald: Jetzt bitte ich Herrn Kai Schlegelmilch.

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Danke schön. Ich bin dankbar, dass Sie das ähnlich sehen: Wenn die Ölpreise nach oben gehen, wird es natürlich eine Beschleunigung bei der Umrüstung geben. Deswegen erachten wir den jetzigen Schritt auf die lange Sicht als kontraproduktiv. Für die Liquidität hilft das natürlich kurzfristig, aber wir sehen, wie gesagt, dass man andere Maßnahmen - gerne vom gleichen Volumen her - prüfen sollte, um kurzfristig zu helfen, statt Anreize in die falsche Richtung zu setzen, die langfristig negativ bei den Betriebskosten der Landwirte und der Forstwirte zuschlagen. Von daher Zustimmung zu dem, was Sie, Herr Schulz, sagten. Ordnungsrechtliche Vorgaben: Die neuen müssen an die entsprechenden Kraftstoffe angepasst werden. Und ein Nachrüstprogramm: Das erscheint mir eine sinnvolle Maßnahme zu sein. Zu der zweiten Frage, die Sie ansprachen - hierzu haben wir nicht so intensiv gearbeitet, das schicke ich vorweg -, nämlich zu der Frage Rußpartikelfilter: Hier scheint mir natürlich das Ziel, möglichst schnell, möglichst viele Umrüstungen zu bewirken, im Grundsatz sinnvoll. Insofern würde ich mich auch für eine Verlängerung des Programms aussprechen. Man müsste hier noch einmal genau untersuchen, was die einzelnen Hemmnisse sind, warum das Programm nicht in dem Maße läuft, wie es laufen soll, um die Hemmnisse abzustellen, damit das Programm voll wirksam wird. Zweiter Punkt - und das trifft natürlich auch für den ersten Punkt „Umstellung auf Biokraftstoffe bei Traktoren“ zu -: Man sollte hier möglichst kurzfristig entsprechende Forschungsmittel aufstocken, um diese Probleme, die da offenbar existieren, zu beseitigen. Ich bin auch kein Techniker, aber das scheint mir das adäquate Mittel zu sein, um hier kurzfristig zu Lösungen zu kommen, damit wir für die Landwirte und natürlich auch für die Finanzleute eine auf die Dauer befriedigende Lösung finden.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Reinhard Schultz. Jetzt gehen wir weiter. Jetzt machen wir eine Runde, in der wieder alle Fraktionen drankommen. Ich beginne mit Kollegen Franz-Josef Holzenkamp. Bitte schön, Franz-Josef Holzenkamp hat das Wort.

Franz-Josef Holzenkamp (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst meinen Dank, dass wir mit diesen Dingen - auch wenn das Verfahren unüblich ist - so zügig zur Umsetzung kommen, weil die Situation bei Vielen dramatisch ist und wir letztendlich alle, wie wir wissen, für einen gemeinsamen Binnenmarkt produzieren. Ein Punkt ist schon erledigt: Nämlich die besondere Bedeutung der Dieselsesteuerungssenkung für Futterbaubetriebe. Ich hätte aber noch einmal die Nachfrage an den Deutschen Bauernverband: Gerade für uns als Bundesrepublik zeigen sich die Wettbewerbsunterschiede sehr deutlich an den Grenzen. Und: Wir haben sehr viele Grenzen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Wie zeigt sich das, bzw. wie groß sind denn die Kostenunterschiede pro Hektar dort tatsächlich? Und: Wie verhalten sich die Bauern, wenn bspw. ein Deutscher in Frankreich Flächen nutzt bzw. auch andersherum?

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Dr. Helmut Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Holzenkamp, dazu haben wir uns am Montag, als viele Landwirte nach Berlin gekommen sind, einiges anhören müssen. Für uns war, wenn auch nicht überraschend, so doch sehr erfreulich, dass insbesondere Landwirte, Landwirtinnen, Bäuerinnen - eine ist von der belgischen Grenze bis nach Berlin gefahren, einer von der tschechischen Grenze, und wir werden jetzt am Freitag erleben, dass viele von der französischen Grenze kommen - ...

- Zwischenruf -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Ja, vielleicht müssen wir den Transport noch ein bisschen effizienter gestalten. Aber, wie auch immer, ...

- Zwischenruf -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Okay!

Vorsitzender Eduard Oswald: Es ist schwer, ihm zu widersprechen, aber Herr Dr. Born hat das Wort.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Herr Holzenkamp, was da passiert? Ich kann es für das Saarland - das habe ich eben geschildert -, nur folgendermaßen erläutern: Es geht zwischen einem saarländischen Landwirt zu einem lothringischen Landwirt - da wird ohnehin über die Grenze hin und zurück bewirtschaftet -, es geht mittlerweile um eine Differenz - vor der jetzt hier angepeilten Änderung -, die so zwischen 40 und 45 Euro je Hektar liegt - bei Gewinnen je Hektar im Ackerbau, die erheblich zusammengeschmolzen sind. Die bewegen sich im Augenblick vielleicht noch bei 100, 150 Euro, wenn es hochkommt. Wenn es da um eine Differenz von 40, 50 Euro geht, dann werden plötzlich vor allem Dienstleister mobil. Das führt in den Grenzregionen dazu, dass französische Landwirte entweder in der Pachtung zuschlagen und die Differenz nutzen, um dann die Bewirtschaftung selber zu übernehmen, oder aber dazu, dass Lohnunternehmer eingesetzt werden, weil sich die saarländischen Bauern da gar nicht zu wehren wissen, es sei denn, man geht genau diesen Weg. Und den Landwirt, der hier am Montag von der polnischen Grenze da war, den habe ich gefragt: „Wie kommt Ihr klar?“ Er sagt: „Mir geht manchmal das Taschenmesser auf, wenn ich sehe, wie viele Verbraucher über die polnische Grenze fahren, um dort zu tanken, um die Differenz mitzunehmen.“ Und bei den Landwirten wird die ohnehin vorhandene Differenz noch einmal durch die steuerliche Differenz - das sind in der Größenordnung mehr als 40 Cent zu Polen -

vergrößert. Er sagt: „Die können das nutzen, ich nicht!“ Da ist die Betroffenheit sehr groß. Nun will ich nicht das große Klagelied singen. Alle Bauern trifft es! Aber die Grenzbauern trifft es natürlich psychologisch heftig. Ein Grund mehr, zu sagen ...

- Zwischenruf -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Ein Grund mehr, an der Stelle wirklich für mehr Gleichheit zu sorgen. Da will ich mich jetzt nicht wiederholen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Das war die Antwort auf die Frage unseres Kollegen Franz-Josef Holzenkamp. Jetzt: Frau Kollegin Ingrid Arndt-Brauer.

Ingrid Arndt-Brauer (SPD): Da ich selbst an der niederländischen Grenze wohne, weiß ich, dass es auch in anderen Bereichen einen Transfer hin und her gibt. Da wird es immer Betroffenheit geben, aber ich denke, das ist heute nicht unser Thema. Ich habe eine Frage an den Bauernverband: Sie haben erklärt, dass die Entlastung breitflächig ist, auch relativ groß ist - je nachdem wie groß die Betroffenheit ist, das ist im Einzelnen unterschiedlich -, aber es kommt bei allen was an. Sie haben vielleicht aus den Fragen, die wir bisher gestellt haben, schon mitgenommen, dass wir hier beim Agrardiesel nicht unsere Herzensangelegenheit behandeln. Gerade meine Fraktion hätte mit den 285 Millionen auch gerne was anderes gemacht. Und was mich jetzt besonders ärgert, ist, dass uns einige Ihrer Verbandsvorsitzenden das Gefühl geben, „Das reicht alles überhaupt nicht! Das ist eigentlich nur Makulatur!“, und wesentlich mehr fordern. Jetzt frage ich Sie stellvertretend für Ihren Verband: Können Sie mit dem, was wir hier machen, zufrieden sein oder ist es so, dass wir ab Montag überall lesen können: ‚War zwar ein kleiner Schritt, aber wir wollen wesentlich mehr haben! Das reicht alles nicht! Das ist uns alles zu wenig!‘

- Zwischenruf -

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Frau Kollegin Arndt-Brauer. Bitte schön, Dr. Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Vorweg will ich noch einmal ganz deutlich erklären: Wir wissen, dass es eine Regierungskoalition in der Situation, wie sie ist, schwer hat, eine solche Entscheidung mit gleichem Mut auf beiden Seiten zu tragen. Deshalb erkennen wir sehr an, dass das gelungen ist. Ich will jetzt nicht von den Druiden oder wem auch immer reden, der letztendlich die Entscheidungen herbeigeführt hat. Ich kann Ihnen nur vermitteln: Die Bauern sind wirklich glücklich darüber, dass es irgendwo ein Zeichen der Reaktion gibt. Die Betroffenheit in den Betrieben ist riesengroß. Das ist nicht irgendeine Schauspielerlei! Ich will jetzt nicht auf die einzelnen Aktionen verschiedener Gruppen hinweisen, aber die Not in den

Betrieben ist groß. Dass der Bundestag zeigt, dass die Regierungskoalition zeigt, „Man reagiert!“, achten und werten wir sehr. Wiewohl - da bitte ich auch, eine verbandliche Situation zu verstehen -: Wir sind angetreten, um die Gleichheit in der EU zu erreichen. Jetzt haben wir einen ganz großen Schritt gemacht. Und ich sage es noch einmal: Wir schätzen das sehr! Aber dann bitte ich auch, nicht jedes Wort - auch die von Demonstrationen - auf eine Goldwaage zu legen. Wenn ein Verband antritt und sagt: ‚Wir möchten mit den Franzosen an der Stelle gleichgestellt werden!‘, dann ist das aus unserer Sicht ein berechtigtes Anliegen. Wir machen aber damit diesen politischen, von mir aus auch verbandspolitischen Erfolg nicht klein, indem wir jetzt einen solchen Schritt irgendwie relativieren oder dieses Entgegenkommen - ich darf es, gerade auch wegen des Teils der SPD in der Koalition, mal so nennen - irgendwie kaputt reden. Ganz bestimmt nicht! Ich kann das noch einmal aus der Betroffenheit der Betriebe sagen: Ich weiß, dass da einige kritische Nachfragen da waren, aber wir haben uns bemüht, auch durch ein Schreiben - noch einmal, Herr Schultz - „an die Oberdruiden“ klarzumachen, dass dies bei den Bauern gut angekommen ist, wirklich gut angekommen ist und dass wir dies auch schätzen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Gut! Jetzt muss dann bloß noch der Brief ankommen und veröffentlicht werden, dann sind wieder alle sehr zufrieden. Das war die Antwort von Herrn Dr. Born auf die Frage der Kollegin Arndt-Brauer. Jetzt: Kollege Dr. Edmund Geisen, bitte schön.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

- Zwischenruf -

Vorsitzender Eduard Oswald: Doch, doch! In der Union ist er schon verlesen worden. Also bitte schön.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Schlegelmilch hat mich zu einer Frage animiert, die da lautet: Gibt es, weil Sie eben den Umkehrschluss darlegten, Erkenntnisse, dass bei steigenden Spritpreisen in den letzten 10 Jahren nachweisbare ökologische Vorteile entstanden sind? Und etwas möchte ich noch dem Bauernverband sagen oder ihn fragen: Warum ist die Agrardieselrückvergütung keine Sondervergünstigung der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen - ich denke an See- und Luftfahrt, an Hafenbetriebe, energieintensive Betriebe -? Und: Ist es richtig, dass die deutschen Landwirte auch jetzt, nach dem neuen Beschluss, noch immer das Vierzigfache an Agrardieselsteuer - verglichen mit den französischen Landwirten - bezahlen? Und: Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass die Bundeslandwirtschaftsministerin von Entlastungen der Landwirte in Höhe von knapp 300 Millionen Euro spricht, während der Bundesfinanzminister bei der Gegenfinanzierung von einer halben Milliarde an Steuerausfällen gesprochen hat?

- Zwischenrufe, u. a. von Abg. Scheel -

Vorsitzender Eduard Oswald: Wir sind hier der Finanzausschuss. Wir addieren immer schnell im Kopf! Ist in Ordnung? Ja, okay!

- Gespräch am Rande der Sitzung -

Vorsitzender Eduard Oswald: Kollege Dr. Geisen, das macht jetzt gleich Herr Dr. Born, dann Herr Schlegelmilch. Herr Dr. Born, bitte schön.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Die letzte Frage von Herrn Geisen ist beantwortet. Der eine hat ein Jahr betrachtet, der andere zwei Jahre. Das mit Frankreich stimmt. Ich kann hier noch einmal auf meine Liste schauen. Wir haben da wirklich sechs Länder, sieben Länder, die sogar bei Null liegen. Da kann man keinen Prozentsatz mehr ausrechnen. Die Differenz ist immer noch da, aber sie ist erheblich kleiner geworden, damit ich, Herr Schultz, nicht missverstanden werde. Ob das jetzt eine Subvention ist, ist eine wunderbare Definitionsfrage. Wenn wir uns in einem europäischen Binnenmarkt bewegen, wenn es in diesem Binnenmarkt den Einzelstaaten, den Finanzpolitikern der Einzelstaaten ermöglicht wird, Steuersätze weiterhin national zu setzen, dann weiß ich nicht, ob man per se einfach sagen kann, diese 290, 300 Millionen pro Jahr sind wieder eine neue Subvention für die Bauern. In unserem Empfinden sind sie das jedenfalls nicht, sondern sie sind ein Weg in Richtung Gleichbehandlung in der EU. Damit relativiert sich für uns auch so ein bisschen dieser Begriff der Subvention.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Herr Schlegelmilch, bitte, sind Sie so nett.

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Danke. Zur Frage von Herrn Geisen nach den ökologischen Auswirkungen der Ökologischen Steuerreformen in den vergangenen Jahren kann ich gern noch ausführliches Informationsmaterial zur Verfügung stellen. Ich habe aus dem Kopf nur die folgenden Zahlen vor Augen: Seit 1999 ist erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik der Spritverbrauch um 17 Prozent zurückgegangen. Das ist eine wirklich phänomenale Entwicklung, die so niemand vorhergesehen hatte. Man musste letztendlich sämtliche Verkehrsszenarien umschreiben, weil das so nicht geplant war. Das war nicht absehbar. Des Weiteren haben seit dem die Zulassungen bei den drei bis fünf Liter verbrauchenden Autos deutlich zugenommen. Man kann sehen, dass das ursprünglich mal bei ein, zwei Prozent lag und mittlerweile deutlich über fünf bis zehn Prozent liegt. Des Weiteren haben wir neben den drei bis fünf Liter Autos einen klaren Umstieg auf Dieselfahrzeuge, weil hierfür immer noch die Steuersubventionierung von 18 Cent gilt. Sprich:

Diesel ist 18 Cent niedriger besteuert als Benzin. Bzw. genau genommen: Wenn man das nämlich an dem Verbrauch je Liter, an dem Energiegehalt je Liter, ausrichtet, dann müsste Diesel sogar nominal höher besteuert werden, also nicht nur mit 65 Cent, wie derzeit Benzin, sondern in der Größenordnung von rund 16 Prozent mehr, sagt man.

- Zwischenruf -

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Nein, unabhängig davon! Das ist jetzt unabhängig von der Kfz-Steuer, sonst wird das ganze Bild sehr kompliziert. Dies nur als Hinweis. Ein ganz wichtiger Erfolg ist außerdem vor allem auch, dass der öffentliche Personennahverkehr seit 1999 - Sie können das wirklich zahlengenau an den Jahresdaten ablesen - wieder einen Aufschwung erfahren hat. Wir hatten in den letzten Jahrzehnten immer einen Trend, der nach unten zeigte. Seit 1999 geht es wieder nach oben: Zwei bis fünf Prozent Zuwachs an Fahrgastzahlen jedes Jahr. Das ist, denke ich, schon ein sehr deutlicher Erfolg, der ganz besonders auf die Ökologische Steuerreform zurückzuführen ist. Aber - ich sage auch -: Natürlich hängt davon auch ein Teil mit den allgemeinen Ölpreissteigerungen, die es gerade zwischen 1999 und 2000 gegeben hat, zusammen. Vielleicht erinnern Sie sich: Ende 1998 hatten wir einen Ölpreis von 9 US-Dollar je Barrel und Mitte 2000 - Sie entsinnen sich der Benzinwutdiskussion, die wir hatten - waren wir bei 35 US-Dollar. Das ist relativ harmlos gegenüber heute: 60 US-Dollar. Dies nur, um zu zeigen, dass das natürlich auch eine Auswirkung hatte. Noch eine letzte Bemerkung: Die Bundesregierung hatte seinerzeit - ich glaube das wurde 2001 veröffentlicht - ein Gutachten von mehreren Wirtschaftsforschungsinstituten erstellen lassen, in dem sie analysiert hat, wie sich der Effekt allein der Ökosteuer, also unabhängig von den Weltmarktentwicklungen, wie sich der Effekt der Ökosteuer darstellt. Die haben herausgefunden, dass dadurch insgesamt zwei bis drei Prozent weniger CO₂-Emissionen ausgestoßen werden - nicht nur im Verkehrsbereich, aber insgesamt -. Auf die Landwirtschaft bezogen kann ich Ihnen leider keine genaueren Angaben machen, aber das könnte man sicherlich durch eine Recherche zusammenstellen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank. Herr Dr. Geisen hat noch eine kurze Nachfrage.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP): ..., weil es so interessant ist! Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Mich würde auch interessieren: Beruhen Ihre Betrachtungen mehr auf einer Korrelation zur technischen Entwicklung oder direkt auf der Preisentwicklung für Sprit?

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Danke schön. Das hängt natürlich beides miteinander zusammen - und zwar sowohl von der Anbieter-, als auch von der Nachfragerseite -. Wenn sich die Anbieter darauf einstellen können, dass der Ölpreis weiter nach oben geht - das sehen wir momentan bei der Entwicklung der deutschen

Automobilindustrie - findet da so langsam ein Umschwung statt. Das, was man ihnen jahrelang als Versäumnis vorgeworfen hat, wird jetzt verstanden. Man muss effiziente Fahrzeuge entwickeln, wenn man dauerhaft im Wettbewerb bestehen will. Von daher wird die Industrie auch entsprechende Technologien entwickeln. Bisher war die Vorgabe von oben eine andere. Deswegen lief die Motorenentwicklung in Richtung großvolumiger Motoren. Aber man kann natürlich auch den Smart entwickeln und ihn zu einer Perfektion bringen, ebenso das Ein-Liter-Auto von VW - ohne jetzt für eine Firma Reklame machen zu wollen -: So etwas ist möglich! Man muss es nur politisch wollen und braucht die Rahmenbedingungen, damit sich Umweltschutz rechnet, weil es sonst so schön heißt: ‚Wir machen es nicht, weil es sich nicht rechnet!‘ Und von Verbraucherseite: ‚Ich schaffe mir nur ein Auto an, wenn es sich wirklich lohnt!‘ Das ist genauso das Pendant dazu. Von daher ist es ganz entscheidend, dass man bei dieser Preisentwicklung beide Seiten gleichzeitig betrachtet.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Jetzt gehen wir, auch mit Blick auf die letzte Viertelstunde, in die letzte Runde. Ich habe jetzt Frau Kollegin Dr. Barbara Höll, Frau Kollegin Christine Scheel und Herrn Kollegen Dr. Peter Jahr. Dann, würde ich - bloß, dass sich jeder darauf einstellen kann - sagen, haben wir es auch geschafft. Dr. Barbara Höll.

Dr. Barbara Höll (DIE LINKE.): Danke schön. Ich hätte zuerst die klitzekleine Frage an Herrn Vetter, wie das in der Praxis aussieht, wenn wir jetzt beschließen, diese Agrardieselbesteuerung als unmittelbare Liquiditätshilfe für zwei Jahre auszusetzen. Wann bekommen Sie das? Geht der Prozess dann sehr schnell? Da weiß ich von den Abläufen her nicht Bescheid. Dann würde ich gerne noch einmal daran anschließen, dass Sie, wie Sie gesagt haben, Ihren Dieserverbrauch um 20 Prozent je Hektar gesenkt haben, dass da sehr viel an der Technik passiert ist, ohne dass Sie Biodiesel oder anderen pflanzlichen Kraftstoff haben. Herr Dr. Born sagte, dass da schon der Ersatz alter Maschinen sehr viel ausmachen würde. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen im Betrieb ist, wie lange ein Traktor oder anderes Gerät im Einsatz ist. Herr Dr. Born: Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt Zahlen zum Durchschnittsalter haben, oder ob man sagt, die Traktoren, die älter als sechs Jahre sind, entsprechen überhaupt nicht mehr dem Stand der Technik. Gab es da auch mal Sprünge in der Entwicklung? Was ist das eigentlich für ein Volumen? Denn die Idee in Richtung Abwrackprämie, die hier geäußert wurde, finde ich schon nicht uninteressant.

Vorsitzender Eduard Oswald: Das ist wie bei uns in der Staatsverwaltung. Parlamentarier fragen immer nach und dann müssen zusätzliche Beamte eingestellt werden, um solche Statistiken aufzuarbeiten. Wenn Sie es nicht haben, hätte ich Verständnis, dass solche Statistiken gar nicht existieren, weil man nicht immer alles aufarbeiten kann, aber wenn Sie es haben, ist es schön. Wir beginnen aber bei Herrn Wolf-Dietmar Vetter.

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Die Traktoren, die wir einsetzen, haben eine jährliche Auslastung von über 1 000 Stunden, weil das in unserem größeren Betrieb relativ gut durchorganisiert ist. Demzufolge nutzen wir die Traktoren ca. zehn bis zwölf Jahre, d. h. sie machen vielleicht zwölf- bis dreizehntausend Stunden Lebensdauer. Das ist auch ökonomisch sehr sinnvoll. Demzufolge können wir dann natürlich auch von der technischen Weiterentwicklung profitieren. Deswegen ist, sage ich einfach, ein Großteil dieser Ersparnis auf den technischen Fortschritt zurückzuführen. Ohne, dass ich jetzt genau quantifizieren kann, wie viel das ist, sage ich einfach mal: Ein Großteil ist dem zuzuschreiben! Deswegen glaube ich auch, dass da, wenn die Entwicklung weitergeht, noch mehr drin ist. Und ich bin - auch Bezug nehmend auf das, was mein Nachbar hier zuerst geäußert hat - optimistisch, dass sicherlich, wenn man daran arbeiten würde, einiges mit Biodiesel oder Pflanzenölen machbar wäre. Es hat schon Ansätze gegeben und ich bin eigentlich optimistisch, dass da was machbar ist, auch technisch gesehen machbar ist, dass das zur Perfektion gebracht werden kann. Zu der anderen Frage, wie es bei uns wirken würde: Ich glaube, in Erinnerung zu haben, dass die Auszahlung dieser Beträge bis spätestens zum Herbst erfolgt sein müsste.

- Zwischenruf: 2008 -

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Für das Verbrauchsjahr 2008, wie der Vorschlag zuerst gemacht wurde. Für das Verbrauchsjahr 2008 würde, wenn man den Antrag zeitig gestellt hat - aber ich denke mal, wer seine Hausaufgaben macht, der bemüht sich auch, den Antrag zeitig zu stellen -, diese Auszahlung spätestens bis September passieren könnte. Der Antragszeitraum geht allerdings bis 30. September. Das ist richtig! Und ich weiß nicht, wie viele bis auf den letzten Tag warten. Das wird es auch geben! Aber der Anteil ist sicherlich begrenzt.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Jetzt: Bitte Dr. Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Das Datum 30. September ist auch deshalb wichtig, weil - ich hatte es gesagt - allein 180 000 Betriebe unten nach dem alten Verfahren gar keinen Anspruch hatten. Jetzt könnte man dies in das laufende Verfahren hinein heilen. Das würde, glaube ich, dann auch bei den kleineren Betrieben schnell helfen. Und bei den größeren kann man das bestehende Verfahren nutzen. Zur Situation: Ich habe, Herr Vorsitzender, auch nicht alle Statistiken im Kopf, aber eines habe ich von einem Test, wie er von der DLG bei Maschinenprüfungen gemacht wird, noch in Erinnerung. Die Traktoren, die jetzt neu zugelassen werden, haben auf die Leistungseinheit - sagen wir einmal: je Hektar -, den sie bearbeiten, einen 30 Prozent geringeren Spritverbrauch als die Traktoren, die vor fünf Jahren zugelassen worden sind. Es ist unglaublich, was sich da mittlerweile in der Technik bewegt. Das bringt uns dazu, zu sagen: ‚Jetzt lasst uns mal überlegen, was wir in den Bestand hinein tun können!‘ Zum Bestand: Da schwanken die Zahlen, wie viele Traktoren wir haben, ein

bisschen. Es gibt auch viele Oldtimer-Clubs und sonst wie. Aber im operativen Geschäft sind wir so etwa bei 1,5 bis 1,7 Millionen Traktoren, Erntemaschinen, ernterelevanten Maschinen, um die es hier geht. Der Durchschnitt dieser Maschinen ist älter als zehn Jahre - älter als zehn Jahre! Da sehen Sie schon, was man machen könnte, wenn man den Schritt geht. Ich werbe dafür - deshalb bin ich mit diesem Zweijahrestermin gar nicht so skeptisch -, dass wir ...

- Zwischenruf -

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Ja! Was die zwei Jahre angeht: Man muss die Zeit bis dahin nutzen, um genau zu überlegen, was man im nächsten Schritt tatsächlich tut.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen Dank, Dr. Born. Das waren die Antworten auf die Fragen unserer Kollegin Dr. Barbara Höll. Jetzt kommt die Frage oder Fragen von Frau Kollegin Christine Scheel.

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte ganz gern noch einmal Herrn Schlegelmilch und Herrn Dr. Born ansprechen. Herr Dr. Born, Sie haben gerade, wie ich finde, völlig zu Recht gesagt, ‚Man muss die Zeit auch nutzen, um zu überlegen, was danach kommt, um zu einer Verbesserung der Situation insgesamt zu gelangen.‘ Ich habe in meiner - schon relativ langen - politischen Zeit gelernt, dass uns Selbstverpflichtungen nicht immer da hin gebracht haben, wo wir hin wollten. Ich habe auch gelernt, dass man mit bestimmten gesetzlichen Rahmenbedingungen oder auch mit Anreizen - beides, also sowohl mit Grenzwertvorgaben als auch mit Anreizen - schneller zum Ziel gekommen ist. In dem Kontext möchte ich Sie beide zum Ersten noch einmal fragen, ob Sie denn Ideen haben, wie wir schneller zu einer ökologischen Modernisierung in dem Sektor kommen können, was das konkret sein könnte, und zum Zweiten, ob denn nicht die Gefahr besteht, dass zur - verzeihen Sie es mir, wenn ich das so flapsig in Anführungsstrichen sage - ‚Beruhigung der Landwirtschaft‘ aufgrund der 6 000, die dagewesen sind - man musste ihnen ja was anbieten, und alles andere ging irgendwie nicht; Sie wissen ja, was ich meine: EU-orientiert und Milchpreisproblematik - ...

- Zwischenruf von Abg. Schindler:

Das soll die Kollegin dann auch den Milchbauern sagen!

Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ... -, wertvolle Zeit mit einer solchen Übergangsregelung, wie wir sie jetzt haben, vertan wird, da sie den Druck raus nimmt. Das ist, worauf ich hinaus will, weil Übergangsregelungen auch oft den Druck rausnehmen.

Vorsitzender Eduard Oswald: So! Jetzt gehen wir es wieder in der Reihenfolge an. Die hat sich schon bewährt. Erst Herr Schlegelmilch und dann Dr. Born. Bitte schön.

Sv Schlegelmilch (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS)): Danke schön. Zur Frage, wie wir schneller zu einer ökologischen Modernisierung kommen: Ich denke, das Stichwort „Abwrackprämie“, das vorhin schon fiel, kann in einer besseren Ausgestaltung als das, was wir beim Auto haben, sicherlich eine Maßnahme darstellen, die hilft. Im Prinzip stellt das so etwas wie eine Investitionsdirektbeihilfe dar. Aber sie müsste eben stärker an ökologischen Kriterien orientiert sein, d. h. ganz klar an dem Effizienzkriterium und an dem Energieverbrauch der Traktoren, müsste aber natürlich auch die Partikelemissionen in Betracht ziehen. Hier sollte man höchste Effizianzforderungen stellen. Dann ist so etwas sicherlich sehr wertvoll. Dann könnte man auch, gerade um die älteren Traktoren aus dem Verkehr zu ziehen, höhere Zuschüsse pro Traktor zahlen, um die Kosten entsprechend zu berücksichtigen. Die 285 Millionen, die wir jetzt ausgeben, sind natürlich weg. Die geben wir nur einmal aus. Das ist immer das Dilemma an diesen scheinbaren Übergangslösungen. Man hätte sie - das habe ich schon deutlich gemacht - auch besser nutzen können, indem man schon jetzt versucht, den Einstieg zu schaffen, und sagt: ‚Okay, wir akzeptieren meinetwegen, dass wir jetzt sofort einen Teil auszahlen, um die Liquiditätsprobleme der Bauern zu überwinden!‘, aber klarmacht: ‚Ab nächstem Jahr muss das Geld in andere Bereiche fließen!‘, sodass man hier die Kombination mit einem solchen Programm schafft. Das wäre das, was ich mir nach wie vor auch kurzfristig vorstellen könnte.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank, Herr Schlegelmilch. Jetzt: Bitte Dr. Born.

Sv Dr. Born (Deutscher Bauernverband e. V.): Diese Maßnahme wird ja nun in eine ganz besondere Situation hinein beschlossen und es nutzt nichts, eine ökologische Modernisierung zu betreiben, und die Bauern sind pleite. Ich verkürze es mal: Hier muss man die Wettbewerbssituation in der EU ein bisschen getrennt betrachten, denn die ökologische Modernisierung muss, das unterstelle ich mal, genauso für den französischen Schlepper kommen wie für den deutschen. Das kann man nicht nationalisieren, sondern da muss man einen europäischen Ansatz finden. Ich bitte einfach um Verständnis, weil man da jetzt zwei Ebenen vermengt. Beide sind wichtig! Ich habe ja gesagt, Frau Scheel: ‚Ja! Da muss etwas passieren!‘ Ich habe auch unsere Situation bei den Beständen der Maschinen geschildert. Man muss in den nächsten zwei Jahren gucken: Was passiert in dem fossilen Energiebereich von der preislichen Seite her? Wann ist der richtige Punkt, zu dem man mit relativ geringen Mitteln viele Landwirte zur Umrüstung bekommt? Die Ansätze gibt es. Wir haben ein Marktanzreizprogramm. Sie haben es in diesem Jahr sogar noch einmal von den Beträgen her aufgestockt, um Schlepper umzurüsten. Und Sie merken: Solange die Differenzen zwischen

dem, was wir bei den Biokraftstoffen preislich erreichen können, und dem, was im fossilen Bereich gilt, zu groß sind, können Sie Anreize machen soviel wie Sie wollen, es wird schwierig. Eine dritte Möglichkeit, die ich sehe, besteht einfach darin, dass man künftig mit den Traktorenherstellern - ob das nun per Selbstverpflichtung oder etwas mehr druckpolitisch passiert, lasse ich mal weg; bei der Automobilindustrie hat man auch Regelungen gefunden, die stärker greifen, die erzwingen, dass die ganze Flotte bestimmte Beträge unterschreiten muss -, mit den Traktorenherstellern zumindest in der Entwicklung der nächsten Serien erreicht, dass in bestimmten Leistungskategorien auch immer ein Traktor angeboten wird, der biokraftstofftauglich ist. So, wie das bisher läuft, mal aus Marketinggründen, aus werblichen Gründen, zu sagen: ‚Jawohl! Da ist die Serie „78 Null sowieso“! - auch ich nenne jetzt mal keine Firma - Die ist jetzt biokraftstofftauglich!‘, ... Und wenn Sie mal genau hingucken, dann geht es hier um so eine Sondersituation, die einfach nicht breit trägt. Daher muss man, glaube ich, wahrscheinlich an der Stelle am stärksten versuchen, die Nutzung von Biokraftstoffen in der Landwirtschaft nach vorne zu bringen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Letzte Fragestellung von unserem Kollegen Dr. Peter Jahr.

Dr. Peter Jahr (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich mache es auch wirklich ganz kurz. Zwei kleine Fragen an den Praktiker, Herrn Vetter. Das Erste: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, meinen Sie, dass das Geld, damit es der deutschen Landwirtschaft auch wirklich hilft, 2009 ausgezahlt werden müsste, man dürfte nicht nur anspruchsberechtigt sein, sondern es müsste ausgezahlt werden. Und die zweite Frage: Wie könnten Sie, als Praktiker, sich denn ein Agrardieselsteuersystem in der Zukunft, nach den zwei Jahren, eigentlich vorstellen? Also zum Schluss: ‚Ein Tipp an die Politik!‘, hätte ich fast gesagt.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Beratungshilfe ohne entsprechendes Beraterhonorar. Bitte schön, sind Sie so lieb, Herr Wolf-Dietmar Vetter.

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Zweifelsohne hilft das Geld! Es hilft sogar unwahrscheinlich, weil gerade in den Milchviehbetrieben oder in allen Betrieben, die sehr stark mit der Milch verbunden sind, die Liquidität das ausschlaggebende ist, was zur Zeit dringender Hilfe bedarf. Und gerade, wenn man es schaffen sollte, dass diese Steuerrückzahlung - ich sage mal - im September oder so erfolgen sollte, dann ist das auch ein Zeitpunkt, der sehr gut passt. Zum zweiten Teil der Frage - Ja, wann kann man schon mal Wünsche vorbringen? Aber ich bringe das mal auf zwei Punkte -: ...

Vorsitzender Eduard Oswald: Nutzen Sie es aus!

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Das Erste, was natürlich wichtig wäre, ist Chancengleichheit in Europa. Wie das aussieht, kann verschieden sein, aber wichtig ist, dass wir im Prinzip mit unseren benachbarten Landwirten gleichgestellt sind. Das ist, würde ich sagen, wichtig.

- Zwischenruf -

Vorsitzender Eduard Oswald: Das lassen Sie jetzt mal offen. Da gibt es auch politisch unterschiedliche Sichtweisen.

Sv Vetter (Wariner Pflanzenbau eG): Das Zweite ist, dass diese Regelung, eine künftige Regelung natürlich auch den Raum für Entwicklung offen lässt, die Entwicklung weiterhin fördert, die mit Pflanzenölen und Biokraftstoffen verbunden ist. Das kann man da vielleicht auch einbauen. Natürlich ist es auch motivierend, das muss man auch sagen, technischen Fortschritt zu nutzen und verbrauchsmindernd zu fahren. Das würde ich auch als Praktiker so sagen.

Vorsitzender Eduard Oswald: Vielen, herzlichen Dank. Das waren die Antworten auf die Fragen unseres Kollegen Dr. Peter Jahr. Wir sind nur am Ende dieser Anhörung, nicht insgesamt am Ende, denn es geht, wie ich heute schon festgestellt habe, immer alles weiter.

- Zwischenruf von Abg. Scheel:
Die große Koalition ist am Ende. -

- Heiterkeit -

Vorsitzender Eduard Oswald: Warten wir mal ab, der deutsche Wähler hat zu sprechen. Jetzt bedanke ich mich sehr herzlich bei den Sachverständigen. Es war sehr schön, dass Sie da waren. Danke für Ihren Rat, danke für Ihren Sachverstand! Nutzen Sie auch weiterhin den Kontakt zu uns und zu den Fraktionen. Alles Gute, einen schönen Nachmittag! Und: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns in dieser Woche bei unterschiedlichen Gesprächen und Konferenzen. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 15.31 Uhr
Boe/Fre